

24.05.2007

Beschluss der Köln SPD

Angesichts der aktuellen öffentlichen Debatte um die geplanten Moscheebauten in Köln, stellt der kleine Parteitag der KölnSPD fest:

Wir Sozialdemokraten stehen ohne #Wenn und Aber# zum Recht auf Moscheebau.

Wir Sozialdemokraten wissen, dass die konkreten Probleme bei Moscheebauten gemeinsam mit den Gemeinden und den Bürgerinnen und Bürgern in den jeweiligen Stadtvierteln gelöst werden müssen.

Unsere Ortsvereine, unsere Bezirksvertreter und unsere Ratsfraktion kümmern sich um die Probleme, die in den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern thematisiert werden. Wir haben daher bereits frühzeitig den Dialog, bspl. mit der DITIB in Ehrenfeld geführt. Im Rahmen einer Sitzung des Vorstandes in den Räumen der DITIB, haben wir mit den Vertretern des Vereins bereits letztes Jahr den geplanten Moscheebau besprochen. Die Ratsfraktion wird in Kürze eine Fraktionssitzung bei der DITIB durchführen.

Die KölnSPD beschäftigt sich seit vielen Jahren intensiv mit dem Thema Integration in unserer Stadt. Wir haben damit ein stabiles inhaltliches Fundament für die aktuelle Debatte und werden im Gegensatz zu anderen politischen Kräften in der Stadt, das Thema nicht zur politischen Reklame missbrauchen.

Unsere Eckpunkte:

1.) Gleichstellung des Islam mit anderen Religionen

Das Grundgesetz garantiert in Artikel 4 die Religionsfreiheit. Artikel 4 besagt, dass die #Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses unverletzlich sind und dass die ungestörte Religionsausübung gewährleistet wird. Die SPD steht dafür, dass das Recht auf freie Religionsausübung ganz selbstverständlich auch für die Muslime in Deutschland garantiert wird.

2.) Unterordnung unter das Grundgesetz

Die SPD stellt fest, dass alle Religionsgemeinschaften sich an das Grundgesetz halten müssen. Im demokratischen Rechtsstaat können keine anderen als die geltenden rechtlichen Normen gelten. Wir erwarten als Selbstverständlichkeit, dass die Moscheegemeinden zu den Werten des Grundgesetzes stehen.

3.) Erwartung an Moscheegemeinden

Moscheen müssen grundsätzlich allen Gläubigen, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder Nationalität offen stehen. Moscheen müssen in guter Nachbarschaft mit ihrem Umfeld leben und transparent sein. Sie müssen wie auch die christlichen Kirchen sich auch schwierigen Fragen stellen und Positionen beziehen, die die Gläubigen nicht in Konflikte stürzen, sondern es Ihnen möglich machen, im Einklang mit unserer Werteordnung zu leben. Das betrifft Fragen der Gleichstellung und des Zusammenlebens von Mann und Frau genauso wie Fragen des koedukativen Sportunterrichtes oder auch der Homosexualität.

4.) Erwartungen an die Imame

Wir brauchen Imame, die hier aufgewachsen sind, Deutsch sprechen, die Verhältnisse in Deutschland kennen und um die Sorgen der Menschen wissen. Die Imame brauchen eine theologische Ausbildung in Form eines Hochschulstudiums, die interreligiöse Aspekte mit einschließt. Schließlich müssen sie den Beruf des Imams auch als einen sozialpädagogischen verstehen.

5.) Islam in Europa

Wir brauchen in Europa einen Islam der liberale Positionen vertritt und weltoffen ist. Dafür brauchen wir auch die Offenheit der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die Muslime in ihrer Nachbarschaft willkommen zu heißen und ihnen das grundgesetzlich verbriefte Recht auf freie Religionsausübung auch dann zu gewährleisten, wenn sich ihr Lebensumfeld dadurch verändert.